

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/XXIII/244

Bonn, den 27. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>J a h r e s w e n d e</u>	75

Dr. Gustav W. Heinemann,
Bundesminister der Justiz

3	<u>B a y e r n 1 9 6 8</u>	49
---	----------------------------	----

Für die SPD ein erfolgreiches Jahr

SONDERAUSGABE

1 - 7	<u>B O S P O R J S U N D B A R D A N E L L E N</u>	343
-------	----------------------------------------------------	-----

Drei Schleusen für den Zugang der Großmächte zum Mittelmeer
und zum Schwarzen Meer

Eine Reportage von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Allen unseren Beziehern wünscht ein gutes Neues Jahr

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 5300 Bonn 9,
Heussallee 2-10, Pressehaus 1, Zimmer 217-224, Telefon: 22 80 37-38, Telex: 886 846 / 886 847 / 886 848 PPP D

J a h r e s w e n d e

Dr. Gustav W. Heinemann,
Bundesminister der Justiz

Wohl nie zuvor war eine Generation so ohne Antwort auf so viele Fragen wie unsere Generation. Alle diese Fragen sind darauf gerichtet, wie dies oder das weitergehen werde oder sich lösen lasse. Sie beschränken sich immer weniger auf die nächste Zukunft, etwa nur auf das Jahr 1969; sie drängen in sehr viel weitere Horizonte und gehen in sehr verschiedene Richtungen.

Können die USA und die Sowjetunion erste Schritte der Annäherung über den Graben des wechselseitigen Mißtrauens zustandebringen und einen Ausweg aus ihrem Rüstungswettlauf finden, der solche Unsummen an Energie und Kräften verschlingt?

Werden die europäischen Völker sich füreinander anschließen oder voreinander verschließen?

Muß der Hungertod in vielen Gebieten der Erde weiterhin eine so furchtbare Ernte halten?

Werden sich große Länder in Bürgerkriegen der Rassen hoffnungslos zerstreiten?

Die Schicksalsmächtigkeit solcher und ähnlicher Fragen ist groß.

Aber es gibt noch ganz andere Fragen aus tieferen Schichten der Unruhe oder des Unbehagens.

Werden junge und alte Generationen sich in einem gemeinsamen Verständnis für ihre Aufgaben finden und sie mit den jeweils besonderen Beiträgen angehen, die sich aus dem natürlichen Unterschied ihrer Erwartungen und Erfahrungen ergeben?

Wo bleiben persönliche Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen inmitten der immer dichteren wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen der modernen technisierten Gesellschaften?

Wohin treiben die große Unruhe und die Konflikte um neue Ordnungen, neue Formen des Dienstes und neue Aussagen in den christlichen Kirchen?

In den angedeuteten Fragen liegt weder System noch Vollständigkeit. Sie mögen für manchen Leser, der an der Jahreswende mehr an seine persönliche Situation denkt, zu groß gegriffen sein und sich darum für ihn in einem Gefühl der Ohnmacht verlieren. Es wird aber niemand leugnen können, daß sie uns in das neue Jahr hinein begleiten. Wer aber hat Einfluß auf solche Fragen?

Das Jahr 1969 wird eine Neuwahl des Bundeslages bringen und damit den weiteren politischen Weg unseres Volkes für vier Jahre bestimmen. Viele sind skeptisch, daß Parlamentswahlen noch etwas bedeuten. Niemand aber weiß eine bessere Methode zu nennen, nach der unsere politische Führung bestimmt werden soll. Auch Revolutionäre und jene, die sich so nennen, wissen es nicht; sie bleiben dabei stehen, daß das Bisherige niedergemacht werden müsse, oder empfehlen allenfalls Neuerungen, die unsere freiheitlich-demokratische Ordnung in den Grundzügen aufheben würden.

Gerade diese aber gilt es zu erhalten, weil sie besser als jede andere Ordnung der Würde des Menschen entspricht. Nicht nur die Bestimmungen über Aufbau, Gliederung und Organe der Bundesrepublik nach dem Wesen unserer Verfassung aus, so bedeutsam sie sind, sondern die Grundrechte ihrer Bürger, - die Grundrechte, die jedem Einzelnen von uns unzweifelbar eigen sind.

Diese Grundrechte setzen der Staatsmacht Grenzen und damit zugleich auch den gesellschaftlichen Kräften, die sich in der Staatsmacht darstellen. Sie geben dem staatlichen Handeln ihre Ausrichtung an der Würde des Menschen und durch das Gebot sozialer Gerechtigkeit seinen wahren Inhalt.

Wo diese Grundrechte von revolutionären Gegenkräften gegen die derzeitige Gesellschaftsstruktur unterspült werden, kann nur eine Minderung, wahrscheinlich aber nur eine neue Zerstörung der Freiheiten übrig bleiben, die sich in den Grundrechten darstellen. Denn sind diese Grundrechte - zumal auf dem Hintergrund der totalitären Systeme - nicht hoch genug zu werten.

Je vielfältiger unsere Wünsche hinsichtlich dessen sind, was getan werden oder geschehen sollte, und je mehr diese Wünsche aufeinander streben oder gar gegeneinander stehen, umso mehr wird eine gedeihliche Zukunft davon abhängen, daß wir in der Art des Ausdrucks unserer Wünsche beieinander bleiben und das Gebot gegenseitiger Achtung befolgen. Die Spielregeln demokratischen Umgangs und der politischen Willensbildung sind uns bekannt. Wir müssen uns gleichwohl gegenseitig immer wieder an sie erinnern.

Freilich gewährleisteten Spielregeln allein noch kein gutes Ergebnis. Aber ihre Mißachtung führt zum Zerfall aller Gemeinsamkeit. Sie würde das große Angebot, das uns mit unserem Grundgesetz gegeben ist, verderben. Deshalb sollten wir im kommenden Jahr bei dem Ringen um die besten Antworten auf die alle bedrängenden Fragen uns keinesfalls aus einer guten Art des Austragens vordrängen lassen.

Bayern 1968

Für die SPD ein erfolgreiches Jahr

spk - Die SPD in Bayern kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Besonders bemerkenswert ist ihr Abschneiden bei den Kommunalwahlen. Hier setzte sich im abgelaufenen Jahr nicht nur der Aufwärtstrend fort, sondern er hat sich sogar spürbar verstärkt. Bei 21 Bürgermeisterwahlen siegten die Kandidaten der SPD. In zwei Städten und Gemeinden konnten SPD-Kandidaten die Nachfolge früherer SPD-Oberbürgermeister und Bürgermeister antreten und in 14 Städten und Gemeinden wurden erstmals SPD-Oberbürgermeister oder Bürgermeister gewählt. Dazu kamen zwei erfolgreiche Landratswahlen. In Naila wurde die bisherige Position behauptet und in Kehlheim gelang es erstmals einem SPD-Kandidaten, die Landratswahl zu gewinnen. Die SPD hat bewiesen, daß sie auch in Bayern mehr und mehr in der Lage ist, absolute Mehrheiten zu gewinnen.

Aus der bayerischen Landespolitik des Jahres 1968 ragt besonders die Änderung des Schulartikels der Bayerischen Verfassung heraus. Nach einem 20-jährigen Ringen ist es gelungen, eine einheitliche Volksschule in Bayern zu erreichen. Noch im Dezember wurde im Landtag durch die Annahme der Parteienvereinbarung zur Änderung des Volksschulgesetzes der Schlußakt gesetzt. Am selben Tag wurde die Änderung der seit mehr als 40 Jahre geltenden Kirchenverträge angenommen; zum ersten Mal in der bayerischen Geschichte mit den Stimmen der SPD. Damit wurden die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Volksschule - jahrzehntelang Angelpunkt des weltanschaulichen Streites - nach pädagogischen und schulorganisatorischen Erfordernissen zu gestalten. Die SPD kann für sich in Anspruch nehmen, mit Tatkraft und Geschick diese Entwicklung ausgelöst und wesentlich beeinflußt zu haben.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion blickt überhaupt auf ein arbeitsreiches Jahr zurück. Abgesehen davon, daß sie nach der Anzahl der Landtagsinitiativen die weitest aktive Parlamentsfraktion gewesen ist, hat sie die Landespolitik durch wichtige und schwierige Gesetzentwürfe beeinflußt. Mit ihren Vorlagen für ein Akademiegesetz und ein Hochschulgesetz schuf sie neue Maßstäbe für diese umstrittenen Bereiche, die an der ganzen Bundesrepublik nicht mehr zu übergehen sind.

Die SPD legte außerdem Grundsätze zur Gebiets- und Verwaltungsreform vor, und sie bemühte sich erfolgreich darum, daß nun endlich die Beratung des Landesplanungsgesetzes aufgenommen wurde. Durchgesetzt hat sich die SPD ferner mit ihrem Kampf um die Wiederherstellung der vollen Lern- und Teilnahmefreiheit.

Neben den großen politischen Aufgaben ist die SPD auch gewissenhaft und energisch ihrer Kontrollfunktion als Oppositionspartei nachgekommen. Seit mehr als zehn Jahren hat es wieder einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß gegeben, der gegen Ende des Jahres seine Arbeit abgeschlossen hat. Trotzdem sprechen einige Anzeichen dafür, daß es zu einer Verbesserung des parlamentarischen Stils gekommen ist. Das Parlament ist offener geworden; die Mehrheit betätigt sich nicht mehr ausschließlich als Abstimmungsmaschine, sondern greift gelegentlich auch Anregungen der Opposition auf. Wenn es sich nicht um Eintragsfliegen, sondern tatsächlich um einer neuen Stil handeln sollte, würde sich das sicher fruchtbar auf die Arbeit des Landtages auswirken und sein Ansehen bei den Bürgern erhöhen.

+ + +